

Christoph Wovtscherk

***Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?***

Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen  
Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991

Berichte und Studien  
Nr. 66

herausgegeben vom  
Hannah-Arendt-Institut  
für Totalitarismusforschung e.V.

Christoph Wowtscherk

***Was wird, wenn  
die Zeitbombe hochgeht?***

Eine sozialgeschichtliche Analyse der  
fremdenfeindlichen Ausschreitungen in  
Hoyerswerda im September 1991

V&R unipress



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung: Polizeiabsperren nach schweren Übergriffen von Rechtsradikalen auf Ausländerheime in Hoyerswerda am 23.9.1991  
Foto pictures alliance / ZB.

Von der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum als Dissertation angenommen im Jahre 2012

1. Aufl. 2014

© 2014, V&R unipress in Göttingen / [www.vr-unipress.de](http://www.vr-unipress.de)

Alle Rechte vorbehalten

Satz: Hannah-Arendt-Institut, Dresden

Druck und Bindung: CPI buchbuecher.de GmbH, Birkach

Printed in Germany

ISBN 978-3-8471-0324-0

ISBN 978-3-8470-0324-3 (E-Book)

## Vorwort

Das vorliegende Buch ist die überarbeitete Fassung einer Dissertation, welche die Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum im Dezember 2012 angenommen hat. Das Thema beschäftigte mich über einen längeren Zeitraum. Obwohl ich in Hoyerswerda geboren und aufgewachsen bin, waren mir die Ausmaße der Gewalttaten des Jahres 1991 lange Zeit nicht bewusst. Im Gegenteil: Rechtsextreme Jugendliche schienen mir als Heranwachsendem zwar potentiell gefährlich, gehörten aber zur Lebenswelt dazu. Ich selbst bin nie einem Rechtsextremen begegnet, dafür war die Szene zu klein und vor allem auf die Neustadt beschränkt. Aber dass es sie auch in Hoyerswerda gab, war bekannt. Doch wo gab es sie nicht? Die rechtsextreme Subkultur wurde damals, zumindest von mir, als Normalität hingenommen. Erst durch Rückfragen von neuen Bekannten im Studium (»Hoyerswerda – da war doch mal was mit Ausländern?«) wurde mir bewusst, dass die Ausschreitungen 1991 deutschlandweit bekannt waren. »Hoyerswerda« stand in den Augen Auswärtiger für Plattenbauten und Rechtsextremismus.

Doch dass meine Heimatstadt als Hochburg des Rechtsextremismus galt, wollte ich nicht akzeptieren. Gewiss gab es »Neonazis« auch in Hoyerswerda, aber waren es denn mehr als in anderen Städten? Ich begann mich für das Thema zu interessieren: Was war in Hoyerswerda so besonders, dass die Stadt im Rest der Republik zum Symbol für fremdenfeindliche Gewalt geworden war? Doch je mehr ich nachforschte, umso unbefriedigender erschien mir der Wissensstand. Die wissenschaftliche Literatur streifte die Ausschreitungen von 1991 nur und verwies nirgends auf eine Quelle. Detailliertere Beiträge waren im Internet zu finden. Die meisten Seiten vertraten allerdings eine politische Agenda. Dies steht einer wissenschaftlichen Aufarbeitung im Wege. Mein Interesse an den Hintergründen der fremdenfeindlichen Ausschreitungen wurde durch diesen unbefriedigenden Wissensstand nur größer. Letztlich ist daraus das Forschungsthema für die Dissertation gereift. Für die Anregungen hierzu sowie ihre langjährige Ermutigung und Beratung möchte ich Frau PD Dr. habil. Tanja Puschnerat herzlich danken! Weiterhin danke ich den beiden Gutachtern Herrn Prof. Dr.

Goschler und Herrn Prof. Dr. Backes sowie der Redaktion des Hannah-Arendt-Instituts für die vielen wertvollen Hinweise.

Während der Forschungsarbeit habe ich viele Unterstützer kennen gelernt. Mein Dank gilt den engagierten Damen und Herren in den Archiven. Insbesondere Frau Noack vom Stadtarchiv Hoyerswerda bin ich für ihre unermüdliche Arbeit zu Dank verpflichtet! Viele Hoyerswerdaer waren hilfsbereit, standen als Zeitzeugen zur Verfügung oder gaben nützliche Tips und Informationen. Ihnen allen sei gedankt!

Bedanken möchte ich mich auch bei den vielen Freunden, auf deren Unterstützung ich in den vergangenen Jahren bauen konnte. Besonders seien hier Sandra und Robert, Pia sowie Ulrike und Erik genannt. Doch ohne meine Familie hätte diese Arbeit nicht entstehen können. Der größte Dank gebührt daher meinen Eltern und Geschwistern!

Hoyerswerda im März 2014

Christoph Wowtscherk

# Inhaltsverzeichnis

<b>I. Einleitung</b>	<b>11</b>
1. Forschungsüberblick	14
2. Methodischer Ansatz und Fragestellung	17
3. Aufbau der Arbeit und Quellenkritik	22
<b>II. Die stadtgeschichtliche Entwicklung Hoyerswerdas aus sozialhistorischer Sicht</b>	<b>29</b>
1. Der Aufbau Hoyerswerdas zur zweiten sozialistischen Wohnstadt der DDR	29
2. Bevölkerungsentwicklung	42
3. Das Leben in der Stadt	45
4. Die Folgen der Wiedervereinigung für Hoyerswerda	53
4.1 Ökonomische und soziale Transformationsbelastungen	53
4.2 Die Jugendbetreuung	58
4.3 Kriminalitätsfurcht	63
5. Zusammenfassung	66
<b>III. Die Situation der Ausländer in Hoyerswerda</b>	<b>69</b>
1. Die Ausländerbeschäftigung in der DDR	69
1.1 Rechtliche Rahmenbedingungen	74
1.2 Lebensbedingungen	77
1.2.1 Verhältnisse am Arbeitsplatz	77
1.2.2 Wohnverhältnisse	79
1.2.3 Soziale Kontakte	81
2. Vertragsarbeiter in Hoyerswerda	83
2.1 Polnische Arbeiter	83

2.2	Algerische Arbeiter	90
2.3	Weitere Nationalitäten	102
3.	Asylbewerber in Hoyerswerda	106
4.	Zusammenfassung	114
<b>IV.</b>	<b>Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus vor 1991</b>	<b>119</b>
1.	Die Entwicklung der rechtsextremen Skinheadszene in der DDR	119
2.	Die Skinheadszene in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit	123
3.	Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Strukturen in Hoyerswerda	132
3.1	Fremdenfeindliche Auseinandersetzungen und die Entwicklung einer Skinheadszene in Hoyerswerda	132
3.2	Fremdenfeindliche Vorfälle im Vorfeld der Ausschreitungen 1991	149
4.	Zusammenfassung	158
<b>V.</b>	<b>Die Ausschreitungen im September 1991</b>	<b>161</b>
1.	Zeitlicher Ablauf der Ausschreitungen	161
1.1	Phase Eins: Der Beginn der Ausschreitungen	161
1.2	Phase Zwei: Gewalt als tägliches Ritual	168
1.3	Phase Drei: Verlagerung der Ausschreitungen	173
1.4	Phase Vier: Evakuierung der Asylbewerber und (vorläufiges) Ende der Gewalt	178
1.5	Epilog: Gewalttätiger Gegenprotest am 29. September 1991	181
2.	Die Ausschreitungen als sozialer Protest	184
2.1	Entstehungsbedingungen	184
2.1.1	Langfristig wirkende Ursachen	185
2.1.2	Manifestationsbedingungen	186
2.1.3	Gerüchte und Vorurteile	189
2.2	Protestparteien	192
2.2.1	Skinheads und andere gewalttätige Jugendliche	192
2.2.2	Die Beifall klatschende Menge	197
2.2.3	Die Behörden	202
2.2.4	Die Ausländer	209
2.2.5	Die Gegendemonstranten	211

---

2.3	Exkurs: Protest oder Pogrom?	213
3.	Zusammenfassung	216
<b>VI.</b>	<b>Konsequenzen</b>	<b>217</b>
1.	Strafverfolgung	217
2.	Politische Reaktionen	219
2.1	Die Bundesebene – Asyldebatte und Asylkompromiss	219
2.2	Die Landesebene – Forderung nach weniger Asylbewerbern für Sachsen	221
2.3	Die Kommunalpolitik – Imagesorgen und Jugendarbeit	223
3.	Ausländer in Hoyerswerda	228
4.	Zivilgesellschaftliche Gegenmaßnahmen	230
5.	Die Entwicklung der rechtsextremen Szene	233
6.	Zusammenfassung	241
<b>VII.</b>	<b>Schluss</b>	<b>243</b>
<b>VIII.</b>	<b>Anhang</b>	<b>249</b>
1.	Quellenverzeichnis	249
2.	Verzeichnis der Interviews	251
3.	Literaturverzeichnis	252
4.	Verzeichnis der Diagramme	257
5.	Abbildungsverzeichnis	257
6.	Kartenverzeichnis	257
7.	Abkürzungsverzeichnis	258



---

## I. Einleitung

Am 2. November 1990 überschrieb das »Hoyerswerdaer Wochenblatt« einen ihrer Artikel mit dem Titel: »Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht?« In dem Beitrag wird von einer Diskussionsrunde in Hoyerswerda berichtet, in der Bürgerinnen und Bürger ihre Sorgen und Nöte wenige Wochen nach der Wiedervereinigung zum Ausdruck brachten. Der Reporter fasste die besorgte Stimmung mahndend zusammen: »Die Stadt Hoyerswerda ist in ihrer ganzen Bauweise, von ihrer Funktion als Wohn- und Schlafstadt, von der Monowirtschaft, die sie kennzeichnet und die eine hohe Arbeitslosenquote bringen kann, so geprägt, dass sozialer Zündstoff in Massen vorhanden ist. Nun kommt es darauf an, dass er nicht zum Zünder wird.«<sup>1</sup>

Ein knappes Jahr nach dem Erscheinen des Artikels war es zur befürchteten Explosion gekommen. Vom 17. bis 22. September 1991 griffen Jugendliche zunächst das Wohnheim für ausländische Vertragsarbeiter, später die Unterkünfte für Asylbewerber in Hoyerswerda an. Dabei wurden sie von Teilen der Bevölkerung durch Beifallsbekundungen unterstützt. Letztendlich bewertete die sächsische Regierung die Gefahr für die Ausländer als so bedrohlich, dass die Asylbewerber am 23. September aus Hoyerswerda gebracht wurden.

Diese Ereignisse führten zu einer breiten medialen Berichterstattung. Als erste überregionale Tageszeitung informierte die »Frankfurter Rundschau« über die Gewalttaten. Am 18. September 1991 berichtete die Zeitung über Sicherungsmaßnahmen sächsischer Asylbewerberheime vor »Rechtsradikalen«.<sup>2</sup> Eher am Rande widmete sich ein kleinerer Beitrag dem Überfall einer Gruppe rechtsextremer Skinheads auf Vietnamesen auf dem Markt in Hoyerswerda tags zuvor. Am 19. September berichteten auch die »BILD«<sup>3</sup> und die »taz«<sup>4</sup> in kurzen Artikeln von den Ereignissen am 17. September. Alle drei Zeitungen waren sich sicher, dass die Angriffe auf die Vietnamesen auf dem Markt von Hoyerswerda von rechtsextremen Skinheads ausgeführt worden seien. Aufgrund welcher Merk-

---

1 Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? In: Hoyerswerdaer Wochenblatt vom 2. 11. 1990.

2 Vgl. Bernd Salzmann, Sachsen zäunt Asylheime ein. In: Frankfurter Rundschau vom 18. 9. 1991.

3 Vgl. Skins verprügelten Polizisten. In: BILD – Dresden vom 19. 9. 1991.

4 Vgl. Überfall auf Vietnamesen. In: taz vom 19. 9. 1991.

male sie die Angreifer als Rechtsextreme und Skinheads definierten, wurde nicht deutlich. Die Nachrichten waren in den Zeitungen kurz gehalten und an weniger exponierten Stellen zu finden. Bedenkt man, dass es in den ersten drei Monaten des Jahres 1991 zu circa 30 fremdenfeindlichen Gewalttaten pro Monat<sup>5</sup> und im August bereits zu 84 solcher Vorfälle in ganz Deutschland gekommen war,<sup>6</sup> erschien der mutmaßliche Skinhead-Überfall in Hoyerswerda lediglich als ein weiterer fremdenfeindlicher Angriff, auf den die Medien zunächst nicht näher eingingen. Die »FAZ« widmete sich gar erst am 23. September den Ereignissen.<sup>7</sup>

Doch mit dem Erscheinen der Dresdener Ausgabe der »BILD« am 20. September wurde aus dem vermeintlich alltäglichen Vorfall ein herausragendes Ereignis. Auf Seite sieben titelte die Zeitung: »Hass auf Ausländer! Jetzt prügeln sich auch Nachbarn mit ihnen«.<sup>8</sup> Der Beitrag berichtete nicht nur über die seit mittlerweile drei Tagen andauernden Ausschreitungen, sondern hob die Beteiligung von circa 150 Anwohnern des Ausländerwohnheims hervor. Auch die »taz« meldete am 21. September empört, dass seit mehreren Tagen »bis zu 600 Deutsche« dieses Wohnheim »terrorisieren« und sprach von einer »Straßenschlacht«. Die Polizei habe erst am dritten Tag eine Hundertschaft zum Schutz der Bewohner eingesetzt und sei dabei von Passanten behindert worden.<sup>9</sup> Etwas verhaltener äußerte sich die »Frankfurter Rundschau«, die von einer teilweisen Unterstützung der »rechtsradikalen Skinheads« durch Anwohner schrieb. Der Artikel zeichnete sich zudem durch eine breitere Recherchearbeit aus und skizzierte die Ausschreitungen der vergangenen Tage, ohne diese werten zu wollen. Zum ersten Mal wurde ein Beitrag über die Ereignisse in Hoyerswerda auf der Titelseite platziert.<sup>10</sup> Mit den Berichten ab dem 20./21. September 1991 wurden diese Ausschreitungen zu einem herausragenden und damit medienwirksamen Ereignis. In Hoyerswerda, so wurde deutlich, wiederholten sich täglich fremdenfeindliche Angriffe. In den Artikeln wurde schockiert berichtet, dass diese Gewalttaten nicht allein von rechtsextremen Jugendlichen ausgingen, sondern sich auch Nachbarn daran beteiligten. So überschrieb die »BILD« ihre Themenseite zu den Ausschreitungen vom 21. September mit »Bürgerkrieg in Hoyerswerda«,<sup>11</sup> und die »taz« titelte am 23. September entsetzt »Menschenjagd – und alle schauen

5 Darunter fällt jedoch auch der tödliche Angriff Dresdener Skinheads auf einen Mosambikaner am 31.3.1991, vgl. Verfassungsschutzbericht 1991. Hg. vom Bundesministerium des Inneren, 1992, S. 77.

6 Vgl. ebd., S. 75.

7 Vgl. Polizei befürchtet weitere Feindseligkeiten. In: FAZ vom 23. 9. 1991.

8 Andreas Kunze, Haß auf Ausländer! Jetzt prügeln sich auf Nachbarn mit ihnen. In: BILD – Dresden vom 20.9.1991.

9 Straßenschlacht gegen AusländerInnen. In: taz vom 21.9.1991, S. 4.

10 Skinheads in Sachsen drohen mit Sturm auf ein Flüchtlingsheim. In: Frankfurter Rundschau vom 21.9.1991.

11 Bürgerkrieg in Hoyerswerda. In: BILD – Dresden vom 21.9.1991.

zu«. <sup>12</sup> Die Tatsache, dass die mehrtägigen Ausschreitungen gegen das Wohnheim der ausländischen Arbeiter und später gegen das Asylbewerberheim von vielen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt mindestens ignoriert, im schlimmeren Fall sogar mit Beifall begrüßt wurden, war für die Zeitungen das eigentlich Skandalöse an den Vorkommnissen. Dies wurde auch an der Erinnerungsberichterstattung späterer Jahre deutlich. So leitete die »Frankfurter Rundschau« anlässlich des fünften Jahrestages der Angriffe 1996 einen Artikel ein, indem sie an den »hysterischen Mob« erinnerte, der die Wohnheime belagerte, während »Bürger und Polizei« weggesehen und »etliche Gaffer [...] Beifall« geklatscht hätten. »Die Fernsehbilder vom Pöbel, der Brandflaschen und Steine warf, gingen um die Welt«. Dadurch sei Hoyerswerda »zum Synonym für Fremdenhass, Gewalt und Primitivität« geworden. <sup>13</sup> Die »taz« flankierte 2001 ihren eigentlichen Hauptbeitrag über den Wiederbesuch eines 1991 betroffenen ghanaischen Asylbewerbers in Hoyerswerda mit einem kurzen Informationstext. Darin hieß es, die Ausschreitungen seien von einem Dutzend Skinheads »unter den Augen der Polizei« begonnen, aber bereits nach wenigen Stunden durch Beifall der Anwohner unterstützt worden. Da sich diese Szene jeden Tag wiederholte, seien am 21. September 100 mosambikanische Vertragsarbeiter in ihre Heimat geflogen worden. Daraufhin hätten sich die Ausschreitungen vor das Asylbewerberheim verlagert, deren Bewohner schließlich ebenfalls umquartiert wurden. Schließlich endet der kurze Text mit dem Satz: »Danach eskalierte die erste Welle rassistischer Gewalt im wiedervereinigten Deutschland.« <sup>14</sup> Im kollektiven Gedächtnis steht »Hoyerswerda« somit für den Auftakt zu einer Reihe von Gewaltakten gegen Ausländer in der gesamten Bundesrepublik, die häufig mit den Stationen »Rostock-Lichtenhagen« (1992), »Mölln« (1992) und »Solingen« (1993) benannt werden.

Nur wenige Zeitungen bemühten sich jedoch um eine tiefere Ursachenforschung und ein umfassenderes Bild der Stadt. <sup>15</sup> Vielmehr fielen einige Medien durch grobe Verallgemeinerungen und pauschale Verurteilungen auf. So zeigten sich für die »BILD« in Hoyerswerda »die hässlichsten Abgründe der menschlichen Seele«. <sup>16</sup> Auch Matthias Matussek sah in seiner Polemik im »Spiegel« den »hässlichen Deutsche[n]« in Hoyerswerda am Werk. <sup>17</sup> Die »taz« hob ebenso die breite Zustimmung der Gewalt durch Hoyerswerdaer hervor, um zu suggerieren,

12 Menschenjagd – und alle schauen zu. In: taz vom 23.9.1991.

13 Bernd Honnigfort, Eine Stadt sucht nach ihrer Normalität. In: Frankfurter Rundschau vom 20.9.1996.

14 Heike Kleffner, Ein mühsamer Weg zu Toleranz. In: taz vom 22./23.9.2001.

15 Bei dem für diese Arbeit ausgewerteten Textkorpus fielen besonders die Frankfurter Rundschau und die Zeit durch eine sehr differenzierte Recherche auf.

16 Wolf-Dieter Kröning/Veiko Kunkis, Hoyerswerda. Der jüngste Schläger ist gerade 12 ... In: BILD – Dresden vom 24.9.1991.

17 Matthias Matussek, Jagdzeit in Sachsen. In: Der Spiegel vom 30.9.1991, S. 41–51, hier 41.

ganz Hoyerswerda sei eine fremdenfeindliche »Schauerstadt«.<sup>18</sup> Schließlich widmete sich der Journalist Andreas Borchers in seiner Publikation über »Neue Nazis im Osten« ausführlich den Ausschreitungen in Hoyerswerda. Dabei zeichnete auch er ein einseitiges Bild. Er erweckte den Eindruck, alle Hoyerswerdaer seien fremdenfeindlich und hätten die Gewalt gegen die verängstigten Ausländer begrüßt.<sup>19</sup> Die Hintergründe des Gewaltausbruchs blieben dem Leser solcher Medien verborgen. Durch diese defizitäre Berichterstattung wurde die gesamte Einwohnerschaft Hoyerswerdas als fremdenfeindlich stigmatisiert. Doch pauschale Verurteilungen ohne ausreichende Kenntnis der tatsächlichen Zusammenhänge erschweren eine Aufarbeitung der Ausschreitungen. Die vorliegende Arbeit untersucht deshalb detailliert die langfristigen Ursachen sowie die kurzfristigen Bedingungen der fremdenfeindlichen Gewalt in dieser Stadt. Die Ausschreitungen in Hoyerswerda können nicht als singuläres Ereignis unabhängig vom stadtgeschichtlichen Kontext erklärt werden. Erst in der sozialgeschichtlichen Betrachtung Hoyerswerdas seit 1955 können die Gewaltakte verstanden werden.

## 1. Forschungsüberblick

Während sich ein Großteil der Medien mit einer oberflächlichen Behandlung der Ausschreitungen begnügte, beschäftigte sich die wissenschaftliche Literatur bisher nur am Rande mit den Ereignissen in Hoyerswerda. So erstellten Trierer Forscher um Helmut Willems 1993 ein umfangreiches Kompendium, welches fremdenfeindliche Gewalt u. a. mithilfe von Umfrageergebnissen, Polizei- und Gerichtsakten zu erklären versucht. Um Eskalationsprozesse zu verdeutlichen, zeichnen die Autoren darin neben fremdenfeindlichen Gewalttaten in Saarlouis 1991 und Rostock 1992 auch die Ausschreitungen in Hoyerswerda nach. Auf welche Quellen sie sich dabei beziehen, bleibt allerdings unklar.<sup>20</sup> Dies ist auch bei Johanna Engelbrecht der Fall. In ihrer Arbeit über Rechtsextremismus bei Jugendlichen in Ostdeutschland behauptet sie ohne Quellenangaben, bei den Ausschreitungen in Hoyerswerda seien drei Menschen zu Tode gekommen.<sup>21</sup> Diese Arbeiten können die Hintergründe der Ausschreitungen nicht erhellen. Lediglich ein Aufsatz des Soziologen Detlef Pollack bildet die Ausnahme. Auch er verweist auf »Hoyerswerda« als Synonym für »die militante Ausländerfeindlichkeit der Ostdeutschen«,<sup>22</sup> das die Stadt durch die ersten Ausschreitungen

18 Annette Rogalla, Hoyerswerda im Belagerungszustand. In: taz vom 24.9.1991.

19 Andreas Borchers, Neue Nazis im Osten. Hintergründe und Fakten, Weinheim 1992.

20 Vgl. Willems, Fremdenfeindliche Gewalt, S. 227 f.

21 Vgl. Engelbrecht, Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen, S. 125.

22 Pollack, Ausschreitungen, S. 15.

gegen Ausländer unter Beifallsbekundung der Anwohner bekam. In seinem Aufsatz verfolgt er einen »multifaktoriellen Ansatz«, »um die sozialen, politischen und regionalen Ursachen herauszufinden«.<sup>23</sup> Dabei zeichnet sich die Studie durch eine detaillierte, auf Polizeiberichten basierende Rekonstruktion der zeitlichen Abläufe der Ausschreitungen aus. Allerdings reduziert Pollack die Gewalt auf den Konflikt mit Asylbewerbern.<sup>24</sup> Den Ausgangspunkt der Ausschreitungen, die Angriffe auf das Wohnheim ehemaliger Vertragsarbeiter, hält er für einen Zufall räumlicher Nähe.<sup>25</sup> Er kommt zu dem Schluss, die Ausschreitungen hätten viele Ursachen gehabt und seien letztlich eine »Form des Aufbegehrens gegen das neue System, in das man so große Hoffnungen gesetzt hatte, das sich aber gerade zur damaligen Zeit anschickte, diese Hoffnungen zu enttäuschen, und dem man sich daher auf neue Art ausgeliefert fühlte.«<sup>26</sup> Die übrige, umfangreiche Literatur zu Rechtsextremismus der beginnenden 1990er Jahre betrachtet diese Ideologie allgemein. Winfried Schubarth entwickelte 1992 die These, Rechtsextremismus sei eine »subjektive Verarbeitungsform des Umbruchs«.<sup>27</sup> Demnach habe der Modernisierungsschub in Folge der Wiedervereinigung bestehende Orientierungsschwierigkeiten ostdeutscher Jugendlicher verstärkt. In ihrer Unsicherheit hätten sie sich extremistischen Strömungen zugewandt.<sup>28</sup> Zu dieser These gelangt auch Thomas Lillig in seiner breit angelegten Studie über Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern. Auch er verweist auf den »Modernisierungsschock«,<sup>29</sup> den die Ostdeutschen nach 1990 erlebt hätten, als Ursache der Hinwendung zu autoritären und rechtsextremen Einstellungen. Für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei die Politik verantwortlich gemacht worden, was zu einem Legitimationsverlust der politischen Institutionen geführt habe. Die Ostdeutschen hätten zwar keine rechtsextreme Partei in großem Umfang gewählt. Doch habe jeder Vierte Verständnis für Fremdenfeindlichkeit gezeigt.<sup>30</sup> Zu Grunde liegt solchen Erklärungen die These Heitmeyers, Rechtsextremismus sei eine Reaktion auf gesellschaftliche Auflösungsprozesse.<sup>31</sup> Gerade die ostdeutschen Jugendlichen hätten 1990 vor der Herausforderung gestanden, sich aus einer formierten Gesellschaft kommend in einer individualisierten Gesellschaft zurechtzufinden. Während in den westlichen Ländern die Jugendlichen diese Entwicklung prozesshaft erlebten, habe

---

23 Ebd.

24 Vgl. ebd., S. 29.

25 Vgl. ebd., S. 23.

26 Ebd., S. 30.

27 Schubarth, Rechtsextremismus, S. 78.

28 Vgl. ebd., S. 94 ff.

29 Lillig, Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, S. 155.

30 Vgl. ebd., S. 156 f.

31 Vgl. Heitmeyer, Rechtsextremistische Orientierungen.

1990 auf die ostdeutschen Heranwachsenden ein »Individualisierungs-»Aufprall«<sup>32</sup> gewartet.

Neben der Modernisierungsthese gibt es in der Forschung auch Verweise auf einen genuin ostdeutschen Rechtsextremismus. Der Jugendforscher Walter Friedrich belegte 1990, dass fremdenfeindliche Tendenzen unter Jugendlichen in der DDR bis weit in die 1970er Jahre zurückreichten.<sup>33</sup> Frank Neubacher legte 1994 eine erste Studie über Rechtsextremismus unter ostdeutschen Jugendlichen vor, in der er explizit auf die Entwicklung seit den 1980er Jahren einging. Bezüglich des Anstiegs fremdenfeindlicher und rechtsextremer Tendenzen in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung warnt er vor monokausalen Begründungen. Der Rechtsextremismus und die Fremdenfeindlichkeit könnten nicht »ausschließlich mit 40 Jahren DDR noch mit einem am Westen entwickelten Ansatz allein« erklärt werden.<sup>34</sup> Vielmehr müssten beide Ansätze verknüpft werden. Demnach seien in der ostdeutschen Gesellschaft autoritäre Einstellungen durch die Sozialisation in der DDR angelegt gewesen. Hinzu seien enttäuschte Hoffnungen nach der Wiedervereinigung getreten. Diese Melange bereitete seiner Meinung nach den Boden für nationalistische und fremdenfeindliche Einstellungen.<sup>35</sup>

Trotz der zahlreichen Arbeiten stellt Jürgen Danyel für die historische Aufarbeitung fest: »Diesen in die DDR-Geschichte verweisenden Spuren wurde allerdings in der ersten Hälfte der neunziger Jahre kaum nachgegangen. Das Problem der rechten und fremdenfeindlichen Gewalt blieb im Bereich der Wissenschaft lange Zeit eine Domäne der Soziologen, Psychologen und Extremismusforscher.«<sup>36</sup>

Erst die im Jahr 2000 »in den Medien geführte Debatte über DDR-spezifische Wurzeln von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern hat die Dringlichkeit einer historischen Ursachenforschung noch einmal nachdrücklich bestätigt.«<sup>37</sup> Vor diesem Hintergrund fordert Danyel, »von einer *besonderen ostdeutschen Konstellation bei Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus* zu sprechen.«<sup>38</sup> Dies erleichtere die differenzierte Erklärung des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländer sowohl aus der Geschichte der DDR heraus als auch in Wechselwirkung mit dem westdeutschen Rechtsextremismus. Der ostdeutsche Rechtsextremismus sei demnach als ein »*Phänomen der Transformation* der ostdeutschen Gesellschaft zu begreifen.«<sup>39</sup> Wie die Heraus-

32 Ders., Widerspiegelung von Modernisierungsrückständen, S. 101.

33 Vgl. Walter/Schubarth, Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen, S. 1052 ff.

34 Neubacher, Jugend und Rechtsextremismus, S. 166.

35 Vgl. ebd., S. 166 ff.

36 Danyel, Spätfolgen, S. 31.

37 Ebd., S. 32.

38 Ebd., S. 34. Hervorhebung im Original.

39 Ebd. Hervorhebung im Original.

geber des Bandes *Fremde und Fremd-Sein in der DDR* (in welchem auch der zitierte Aufsatz von Danyel erschien), Behrend, Lindenberg und Poutrus, schreiben, habe die Transformation die Wurzeln der Fremdenfeindlichkeit in der DDR verstärkt.<sup>40</sup>

## 2. Methodischer Ansatz und Fragestellung

Diesem Ansatz folgt die vorliegende Arbeit. Es wird versucht, die fremdenfeindlichen Ausschreitungen als »symbiotische Beziehung zwischen historischen Kontinuitätsmomenten und strukturellen Brüchen«<sup>41</sup> zu erklären. In Anlehnung an die These Danyels wird eine Antwort auf die Frage, wie es zu den Ausschreitungen kommen konnte, in der Stadtgeschichte Hoyerswerdas gesucht. Dabei sind die Jahre vor 1990 ebenso bedeutsam wie die Zeit kurz nach der Wiedervereinigung. Die Geschichte Hoyerswerdas ist geprägt von zwei elementaren Brüchen, die mit den Jahreszahlen 1955 und 1990 symbolisch benannt werden können: 1955 beschloss die Regierung der DDR den rasanten Aufbau der Stadt, der bis 1990 anhielt. In dieser Zeit wuchs die Einwohnerschaft von 7 500 Menschen auf über 70 000 an. Hoyerswerda sollte als »zweite sozialistische Wohnstadt« Vorbildcharakter für den DDR-Städtebau haben. Die Jahre der DDR waren für Hoyerswerda scheinbar Boom-Jahre. Doch Hoyerswerda war nur oberflächlich ein Erfolg der DDR-Wirtschafts- und Sozialpolitik. Tatsächlich entwickelte sich in den gleichförmigen Wohngebieten nie eine funktionierende Stadtgesellschaft. Das Ende der DDR brachte für diese künstliche Stadt enorme wirtschaftliche und soziale Probleme mit. Viele Einwohner wurden arbeitslos und noch mehr fürchteten, bald ihre Anstellung zu verlieren. Diese Jahre offenbarten die seit jeher bestehende Desintegration der Stadtgesellschaft. Doch resultierten die ökonomischen Schwierigkeiten nicht singulär aus den Folgen der Wirtschafts- Währungs- und Sozialunion, sondern waren in der starken und gewollten Abhängigkeit Hoyerswerdas von der Kohle- und Energieindustrie seit 1955 angelegt. Aber nicht nur ökonomisch erfolgte 1990/1991 ein Umbruch, sondern vor allem auch politisch. Die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR waren in einem autoritären Staat aufgewachsen, in welchem der Erfolg der eigenen Lebensplanung in großer Abhängigkeit zur eigenen Positionierung gegenüber den SED-Machthabern stand. Der Staat verlangte politische Fügsamkeit im Tausch für eine umfassende soziale Sicherheit.<sup>42</sup> Die SED-Sozialpolitik hatte die Menschen entmündigt, Eigeninitiativen verdrängt und letztlich die Zivilgesell-

40 Vgl. Behrends/Lindenberger/Poutrus, *Fremde und Fremd-Sein*, S. 11 f.

41 Danyel, *Spätfolgen*, S. 34.

42 Vgl. Jarausch, *Realer Sozialismus*, S. 43; Hockerts, *Soziale Errungenschaften*, S. 262 f.

schaft blockiert.<sup>43</sup> Die allseitige Umsorge bei gleichzeitiger politischer Entmachtung der Bürger durch den Staat fiel 1989 weg. Die Menschen in der DDR erkämpften sich ihre Freiheit. An die Stelle des autoritären Staates trat die unabhängige, selbstbestimmte Person. Das Erleben der scheinbar unbegrenzten neuen Freiheit war die zweite wesentliche Umbrucherfahrung der Jahre 1989/90/91. Denn der Umgang mit diesem neuen Gut war den Menschen bislang unbekannt und musste erlernt werden. Da die Grenzen der Freiheit erst entdeckt werden mussten, wurde sie zuweilen als grenzenlos verstanden. Die erste Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer trug somit auch anarchische Züge. Der scheinbar allmächtige SED-Staat war Vergangenheit. Doch die neuen Regeln und Gesetze der Bundesrepublik mussten von den Menschen erst erlernt werden. Der eingangs zitierte Zeitungsartikel aus dem Jahr 1990 verdeutlicht drastisch, wie angespannt die soziale Situation in Hoyerswerda in diesen Jahren war. Aus diesem Grund wurde die Artikelüberschrift als Titel für die vorliegende Arbeit gewählt.

Die Ausschreitungen müssen vor diesem Hintergrund der mehrfachen Brüche in der Stadtgeschichte untersucht werden. Mit einer »dichten Beschreibung« wird diese Stadtgeschichte sozialhistorisch problematisiert. Eine dichte Beschreibung soll, laut Clifford Geertz, nicht nur tatsächliche Geschehnisse beschreiben, sondern diese in einen Interpretationszusammenhang einordnen und damit deuten.<sup>44</sup> Wie Hans Medick ausführt, ist eine dichte Beschreibung als Deutung historischer Ereignisse auch für den Historiker gewinnbringend.<sup>45</sup> Für diese Arbeit bedeutet »dichte Beschreibung« zum einen, die Ausschreitungen nicht singular zu betrachten, sondern die Ereignisse im stadtgeschichtlichen Kontext zu betrachten. Aus einer Vielzahl sich ergänzender Quellen wird die Stadtgeschichte Hoyerswerdas beschrieben, um wie in einem Mosaik facettenreich den sozialhistorischen Hintergrund der Ausschreitungen im September 1991 darzustellen. Darauf aufbauend muss zum anderen gefragt werden, welche Bedeutung einzelne Ereignisse der Stadtgeschichte für die Einwohner hatten. Welche Lernprozesse waren mit bestimmten Geschehnissen verknüpft?

Im Fokus liegen dabei Fragen nach sozialen Verwerfungen: Welche sozialen Probleme rief der große Bevölkerungszuwachs hervor? Wie lebte es sich in dieser »Musterstadt« der DDR? Gab es eine Lücke zwischen »Anspruch und Wirklichkeit«<sup>46</sup>? Wieweit können Entwicklungen in Hoyerswerda während der Jahre der DDR als mögliche Ursachen der Ausschreitungen betrachtet werden? Wie wirkte sich die Wiedervereinigung auf Hoyerswerda aus? Vor welchen Herausforderungen stand die Kommune? Wie wurden diese Probleme von den Bürge-

---

43 Vgl. Jarausch, *Realer Sozialismus*, S. 43.

44 Geertz, *Dichte Beschreibung*.

45 Medick, *Missionare im Ruderboot*.

46 So lautete der Titel einer Broschüre, die die Gesellschaft für Heimatkunde Hoyerswerdas herausgab.

rinnen und Bürgern verarbeitet? Durch die Beantwortung dieser Fragen wird deutlich, dass Hoyerswerda 1991 unter erheblichem sozialen Druck stand. Dieser war letztlich so hoch, dass er sich in den Gewalttaten ein Ventil suchte. Die Ausschreitungen werden als sozialer Protest eingeordnet. Protest wird im Sinne Manfred Gailus' als »öffentliche, kollektive Aktion mit Konfliktcharakter«<sup>47</sup> verstanden. Sie sind demnach offen und suchen gleichzeitig die Öffentlichkeit. Die Teilnahme an ihnen ist unbegrenzt. Proteste sind überindividuell. Die Aktion ist die »eigentliche Sprache des Protestes«.<sup>48</sup> Die Protestgruppen kommunizieren durch eine aktive Handlung mit der Öffentlichkeit. Es werden Rechte gefordert oder verteidigt. Proteste sind eine Form des Konfliktaustrages.<sup>49</sup> Werner Giesselmanns Definition beinhaltet ebenso die Momente Widerspruch und Konflikt. Er erweitert den Protestbegriff jedoch um »sozialbedingte Ursachen und Motive«. Weiterhin verletzt Protest die »gesellschaftlichen Normen«.<sup>50</sup> Werden beide Definitionen zusammengefasst, ergibt sich eine sehr enge Begriffsbestimmung für den sozialen Protest. Diese Art von Protest hat soziale Ursachen, die bei einer sozialen Gruppe Widerspruch oder Wünsche hervorrufen. Die Protestgruppe artikuliert ihr Anliegen als öffentlichen Konflikt. Ein Protest ist geeignet, vorhandene Normen des gesellschaftlichen Streites zu verletzen. Sozialer Protest ist somit eine öffentliche, kollektive Aktion aufgrund sozialer Veränderungen mit normverletzendem Konfliktcharakter.

Manfred Gailus stellt zum Protestbegriff fest, dass dieser seit den 1970er Jahren positiv konnotiert wird. Proteste seien demnach emanzipatorisch und legitim. Sie werden häufig als Kampf Unterdrückter gegen Unterdrücker verstanden. »Protest war insofern eigentlich fraglos ›good protest‹«, so Gailus.<sup>51</sup> Mit diesem Protestverständnis wehrt sich Christoph Butterwegge in seinem 1996 erschienenen Werk über Erklärungsmodelle zum Rechtsextremismus vehement gegen die Protestbezeichnung bei fremdenfeindlichen Gewalttaten. Für ihn gründen sich Proteste »auf moralische [...] Prinzipien und/oder bestimmten politisch-ideologischen Grundsätzen«. Sie bedürften »eines Programms und des – utopischen – Gegenentwurfs für eine andere Lebensweise oder eine bessere Gesellschaft«.<sup>52</sup> Folgt man dieser Vorstellung von Protest, kann »Hoyerswerda« nicht als Protest bewertet werden. Doch nicht jeder Protest war und ist an sich moralisch positiv. Es gab immer auch eine »*ugly side of collective action*«.<sup>53</sup> Gailus hebt als Beispiel für bad protests u. a. die Hep-Hep-Unruhen 1819 und andere

---

47 Gailus, Protestforschung, S. 130.

48 Ebd.

49 Vgl. ebd., S. 130 f.

50 Giesselmann, Protest, S. 50.

51 Gailus, Protestforschung, S. 134.

52 Butterwegge, Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt, S.93.

53 Gailus, Protestforschung, S. 137. Hervorhebung im Original.

antisemitische Gewaltakte im 19. Jahrhundert hervor.<sup>54</sup> Dabei lag auch solchen Protesten eine spezifische soziale Logik zugrunde: Die Gewalt gegen Konkurrenten, »die angeblich oder tatsächlich die Normen der *moral economy* verletzten, [erschien] ein Stück weit legitimer, wenn letztere ›Fremde‹, insbesondere wenn sie Juden waren.«<sup>55</sup> Die Anwendung des Protestbegriffes muss folglich auch für moralisch verwerfliche Ereignisse möglich sein. Die Einordnung eines Ereignisses als Protest darf nicht davon abhängen, ob die Protestziele den eigenen sittlichen und politischen Überzeugungen entsprechen, ob sie eine Gesellschaft voranbringen, sondern ob die Ereignisse die Definitionsmerkmale aufwiesen. Die Protestforschung muss auch für die Betrachtung von bad protest offen sein.

Wenn es sich in Hoyerswerda um einen sozialen Protest handelte, ist zu fragen, welcher soziale Konflikt 1991 ausgetragen wurde. Was war, im Sinne Edward Thompsons, die »soziale Logik« des Protestes? Thompsons These lautet, dass die Unruhen über Brotpreiswucher im England des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts bestimmten Legitimationsvorstellungen folgten. Diese Vorstellung nennt er »moralische Ökonomie«. Darunter versteht er eine »in sich geschlossene, traditionsbestimmte Auffassung von sozialen Normen und Verpflichtungen und von angemessenen wirtschaftlichen Funktionen mehrerer Glieder innerhalb des Gemeinwesens.«<sup>56</sup> Das heißt, »dass diese Männer und Frauen in dem Bewusstsein handelten, traditionelle Rechte und Gebräuche zu verteidigen, und dass sie sich hierbei im allgemeinen auf die breite Zustimmung des Gemeinwesens stützen konnten.«<sup>57</sup> Soziale Proteste leiten ihre Begründung »aus der jeweiligen politischen Kultur« ab, die sich »u. a. in Vorstellungen vom ›guten Recht‹ und im bestimmten Gerechtigkeitsempfinden über den gerechten Preis und Tausch äußert.«<sup>58</sup> Proteste reagieren auf eine sich verändernde Welt, reagieren auf »Verletzungen der legitimen, gemeinwohlbasierten Ordnungen.«<sup>59</sup> Ein Verstoß gegen das »gute alte Recht«, gegen das Gewohnheitsrecht, gibt die Legitimation, »Selbsthilfe zur Schadensabwehr und Rechtswahrung« zu ergreifen.<sup>60</sup> Bei der Analyse von sozialen Protesten gilt es also, die inhärente »soziale Logik«, die Legitimationsvorstellungen der Akteure herauszuarbeiten. Warum richtete sich die Wut der Protestakteure gegen Ausländer? Warum erschien den Tätern die Anwendung von Gewalt legitim? Welches waren die konkreten Ziele und Motive? Von welcher Gerechtigkeitsvorstellung waren die Täter geprägt? Was wollten sie durch ihre Tat erreichen?

54 Vgl. ebd., S. 135 f.

55 Ebd., S. 136.

56 Thompson, *Moralische Ökonomie* S. 69 f.

57 Ebd., S. 69.

58 Wirtz, *Widersetzlichkeiten*, S. 16.

59 Gailus, *Protestforschung*, S. 133.

60 Giesselmann, *Protest*, S. 67.

Bei der Beantwortung dieser Fragen muss zwischen langfristig wirkenden Protestursachen und Manifestationsbedingungen unterschieden werden. Mit ersteren sind solche Spannungen gemeint, die seit langer Zeit latent schwelten. Es wird zu fragen sein, welche Spannungen dies in Hoyerswerda waren. Dennoch müssen langfristige Faktoren nicht zwangsläufig zu Protesten führen. Bedingungen, die Protest auslösen, werden Manifestationsbedingungen genannt. Heinrich Volkmann definiert diese als Faktoren, »die die latenten Spannungen aktualisieren, ihren Umschlag in manifeste Aktion fördern und damit für den Zeitpunkt des Protests wichtig sind.«<sup>61</sup> Die Manifestationsbedingungen sind somit aktuelle Ereignisse, die den Anlass zum Protest geben.<sup>62</sup> Welche waren dies 1991? Durch welche Ereignisse wurden welche latenten Spannungen in der Stadt soweit verschärft, dass sie sich in gewaltsamen Ausschreitungen entluden? Im Sinne Charles Tillys wird zu fragen sein, warum Menschen plötzlich kollektive Gewalt gegen andere Menschen ausüben.<sup>63</sup>

Proteste können vielfältige Gründe haben. Häufig reagieren sie auf einen Wandel. Diese Veränderungen können beispielsweise demographischer, politischer oder ökonomischer Natur sein. Derartige Entwicklungen bringen Gewinner und Verlierer hervor. So können wirtschaftliche Veränderungen den sozialen Status einer Gruppe beeinflussen. Dabei reagieren jene Gruppen unzufrieden, die von sozialem oder wirtschaftlichem Abstieg bedroht sind. Doch wichtiger als ein tatsächlicher Abstieg ist die relative Deprivation. Raschke definiert die relative Deprivation als »subjektiv empfundene Diskrepanz zwischen Erwartungen und realen Verhältnissen.«<sup>64</sup> Ohne dass sich die objektive wirtschaftliche Lage verschlechtert hat, wird eine Benachteiligung der eigenen Person wahrgenommen. Allein die persönliche schlechtere Bewertung der Zukunft in Bezug zum Aufstieg anderer führt zur gefühlten Verschlechterung der eigenen Lage.<sup>65</sup> Eng verknüpft mit der relativen Deprivation ist die Staturempfindlichkeit. Wenn es, aufgrund eines (ökonomischen oder demographischen usw.) Wandels, einer Gruppe gelingt, sozial aufzusteigen, werden die tradierten Vorstellungen vom gesellschaftlichen Status verletzt. Der Aufstieg der Einen bedroht somit den Status anderer.<sup>66</sup> Durch den gesellschaftlichen Wandel wird eine »soziale Deklassierung« befürchtet.<sup>67</sup> Diese Veränderungen werden von der scheinbar benachteiligten Gruppe als Verstoß des »guten alten Rechtes« bewertet. Waren solche Ängste auch in Hoyerswerda zu spüren? Wenn ja, welche konkreten Sorgen trieb die Bürger in

---

61 Volkmann, Kategorien, S. 176.

62 Vgl. Wirtz, Widersetzlichkeiten, S. 73 ff.

63 Vgl. Tilly, Collective Violence.

64 Raschke, Soziale Bewegungen, S. 148.

65 Vgl. Giesselmann, Protest, S. 59.

66 Vgl. Wirtz, Widersetzlichkeiten, S. 238.

67 Giesselmann, Protest, S. 59.

den Jahren vor 1991 um? Was war der Grundkonflikt, der sich in der Gewalt gegen Ausländer entlud?

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Gewalt gegen Ausländer häufig parallel als »Ausländerfeindlichkeit«, »Rassismus« und »Fremdenfeindlichkeit« bezeichnet. Tatsächlich meinen sie jeweils etwas Anderes, wenn auch Ähnliches. In Deutschland fußt der Begriff des »Rassismus« auf der Rassenlehre im 19. Jahrhundert. Die damals entwickelte Theorie von vermeintlich natürlichen, vererbba- ren Unterschieden zwischen verschiedenen Menschenrassen wurde von Autoren wie de Gobineau oder Chamberlain radikalisiert und mündete schließlich in der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik.<sup>68</sup> Rassismus ist demnach ein biologisches Konzept. Um rassistische Äußerungen handelt es sich, wenn Menschen wegen ihrer Abstammung negativ konnotierte Eigenschaften zugeschrieben und dadurch abgewertet werden. »Ausländerfeindlichkeit« meint, streng genommen, die abwertende Sicht auf Ausländer. Allerdings ist dieser Begriff irreführend. Denn nicht alle Ausländer werden angefeindet. Hingegen werden auch deutsche Staatsbürger als vermeintliche Ausländer diffamiert.<sup>69</sup> Die Konflikte verlaufen nicht »zwischen In- und Ausländern, sondern zwischen den Ethnien«.<sup>70</sup> Abgelehnt werden nicht alle Ausländer, sondern als fremd wahrgenommen Menschen. Fremdenfeindlichkeit beruht auf der Unterscheidung zwischen dem Eigenen und dem Fremden und ist somit eine Frage der Gruppen-Identität.<sup>71</sup> »Fremdenfeindlichkeit« ist ein offener Begriff und kann die Konzepte des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit umfassen. Es empfiehlt sich daher von »Fremdenfeindlichkeit« zu sprechen.

### 3. Aufbau der Arbeit und Quellenkritik

Eine dichte Beschreibung erfordert eine Einbettung des Ereignisses in das nähere Umfeld. Das bedeutet, bevor die Ausschreitungen analysiert werden können, ist es notwendig, die Sozialgeschichte Hoyerswerdas Schicht für Schicht zu betrachten. Aus diesem Grund wird zunächst in Kapitel II der Aufbau der Hoyerswerdaer Neustadt während der DDR skizziert. Es wird den Fragen nachgegangen, warum es zu diesem rasanten Ausbau kam und wie sich die Stadtgesellschaft dadurch verändert hat. Aufbauend auf die kritische Betrachtung der soziologischen Entwicklung Hoyerswerdas in den Jahren der DDR werden die Folgen der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion problematisiert. Dabei werden insbe-

68 Vgl. Jaschke, Rechtsextremismus, S. 65.

69 Vgl. Silbermann/Hüasers, Der »normale« Haß, S. 35 f.

70 Jaschke, Rechtsextremismus, S. 63.

71 Vgl. ebd.

sondere die Arbeitslosigkeit, die schwierige Situation der Jugendbetreuung sowie die Kriminalitätsfurcht in Betracht gezogen. Dadurch soll dargestellt werden, welche Sorgen die neuen Freiheiten und Herausforderungen bei den Einwohnern hervorrief. Wie wirkten sich die Ängste um die eigene Zukunft auf die Bevölkerung aus?

Das Kapitel stützt sich dabei auf eine breite Quellenbasis. Um zu beschreiben, wie es sich in Hoyerswerda vor 1989 lebte, ist es schwierig, auf offizielle Quellen zurückzugreifen. Zwar gaben der Rat der Stadt und der Rat des Kreises regelmäßig Informationsbroschüren heraus. Doch finden sich in diesen lediglich Zahlenkolonnen über neuerrichtete Kinderbetreuungseinrichtungen, die Ausleihquote der Bibliotheken oder über diverse Feste, die stattgefunden haben. Bei solchen Quellen handelt es sich um offizielle Darstellungen von DDR-Institutionen. Die Veröffentlichungen dienten als Erfolgsmeldung der SED-geführten Kommunalpolitik zur Rechtfertigung des Machtmonopols. Daher können diese Quellen nicht unkritisch übernommen werden. Zudem ist es zweifelhaft, ob Zahlenreihen einen wirklichen Eindruck vom Lebensgefühl vermitteln. Dieser ist vielmehr subjektiver Natur. Nur jeder einzelne Bürger kann seine Lebensqualität bewerten. Von hohem Aussagewert sind daher Aufsätze, Broschüren und Bücher der Einwohner selbst. Indizien für die Bewertung des eigenen Lebens in der Stadt finden sich in einer Veröffentlichung der Gesellschaft für Heimatkunde e. V.<sup>72</sup> Zudem haben die Kombinat-Nachfolgeunternehmen ESPAG<sup>73</sup> und Vattenfall Werke über die Geschichte des Gaskombinates Schwarze Pumpe und dessen Wohnstadt Hoyerswerda herausgegeben. Besonders der Sammelband des Vattenfall-Konzerns zeichnet sich durch einige Zeitzeugenbefragungen aus.<sup>74</sup> Ergänzend wurden Gespräche mit Zeitzeugen geführt. Vorrangig wurden solche Personen befragt, die 1991 in Verantwortung standen. Der Fragenkatalog umfasste jedoch auch immer Fragen zur persönlichen Wahrnehmung der Lebensverhältnisse und von Begegnungen mit Ausländern in der Stadt vor 1989. Dennoch muss bei dem Verweis auf diese Quellen stets bedacht werden, dass damit eben kein Anspruch auf Allgemeingültigkeit erhoben wird. Es kommen darin lediglich die subjektiven Sichtweisen zum Ausdruck. Sie erlauben aber einen Einblick, wie die Bürgerinnen und Bürger Hoyerswerdas ihr Leben in der Stadt wahrnahmen und erinnern. Eine weitere wichtige Quellenbasis bilden die Lokalzeitungen. Während der DDR gehörte Hoyerswerda zum Bezirk Cottbus. Die SED-Bezirkszeitung hieß »Lausitzer Rundschau«. Im Zuge der medialen Öffnung distanzierte sich dieses Blatt von der Partei und führte eine unabhängige Pressearbeit ein. Ab dem

72 Anspruch und Wirklichkeit. 40 Jahre Hoyerswerda-Neustadt 1955–1995. Hg. von der Gesellschaft für Heimatkunde e. V., o. O., o. J.

73 Geschichte eines Unternehmens. Vom Gaskombinat zur Aktiengesellschaft. Hg. von ESPAG, Bautzen 1993.

74 Vgl. Caroline Dieterich, *Werk + Mensch*.

8. Januar 1990 versah sie sich mit dem Namenszusatz »Unabhängige Tageszeitung«. Als Regionalzeitung verfügt sie seit jeher über einen Lokalteil, der sich explizit dem Kreis Hoyerswerda widmet. Zunächst bestand dieser aus lediglich einer Seite. Ab 1990 lag der »Lausitzer Rundschau« ein mehrseitiges Lokalblatt bei, welches bis zum Januar 1992 »Rundschau für Nordsachsen« hieß und seitdem »Rundschau für Hoyerswerda« heißt.<sup>75</sup> Die »Lausitzer Rundschau« fiel in den Jahren nach 1989 durch eine Vielzahl von Leserbriefen auf. Diese geben einen Einblick in die Problemlagen der Leser in dieser Epoche. Die zweite wichtige Regionalzeitung ist die »Hoyerswerdaer Zeitung« als Beilage der »Sächsischen Zeitung«. Die »Sächsische Zeitung« war das SED-Organ des Bezirkes Dresden. Mit dem Beitritt des Kreises Hoyerswerda zum neugegründeten Freistaat Sachsen Anfang 1990 expandierte die »Sächsische Zeitung« in diese Region. Zunächst widmete sie eine Seite ihrer Ausgabe dem Kreis Hoyerswerda. Ab Oktober 1991 lag der »Sächsischen Zeitung« im Raum Hoyerswerda eine eigene Regionalzeitung mit dem Titel »Hoyerswerdaer Zeitung« bei. Diese heißt seit 1993 »Hoyerswerdaer Tageblatt«.<sup>76</sup> Obwohl die »Hoyerswerdaer Zeitung« von einer eigenen Chefredakteurin verantwortet wurde, blieb sie ein Beiblatt der »Sächsischen Zeitung«. Neben diesen beiden etablierten Blättern entstanden in der Aufbruchphase nach 1989 mehrere neue Zeitungen. Neben Anzeigenblättern war dies vor allem das »Hoyerswerdaer Wochenblatt«. Die erste Nummer erschien am 21. Juli 1990, die letzte am 26. Februar 1993. Dazwischen versuchte sie neben der »Lausitzer Rundschau« und der »Sächsischen Zeitung« eine Leserschaft zu gewinnen. Auffällig sind die zahlreichen Interviews mit Lokalpolitikern zur Situation der Stadt, die einen Kontrast zu den Leserbriefen der »Lausitzer Rundschau« und den Berichten der »Sächsischen Zeitung« bieten. Bei der Verwendung von Zeitungsberichten als historische Quelle muss immer hinterfragt werden, inwiefern in den Artikeln Realität wiedergegeben oder durch eine selektive Themenwahl eine bestimmte Wahrnehmung von Realität konstruiert wird. Für die vorliegende Arbeit wurden drei verschiedene Zeitungen, zwei ehemalige SED-Bezirkszeitungen und ein im Zuge der Friedlichen Revolution gegründetes Blatt, herangezogen. Durch die angenommene differenzierte Berichterstattung soll dieses Quellenproblem möglichst minimiert werden. In Verbindung mit weiteren Quellen, wie Zeitzeugengesprächen und den erwähnten regionalen Publikationen entsteht so eine breite Quellenbasis, die eine facetten-

75 Im Folgenden wird als Fundort für Lokalbeiträge, die bis Januar 1990 erschienen, Lausitzer Rundschau, für den Zeitraum Januar 1990 bis Januar 1992 Rundschau für Nordsachsen und für Beiträge ab Januar 1992 Rundschau für Hoyerswerda angegeben. Der Fundort für Beiträge, die nicht im Lokalteil erschienen, wird durchgängig mit Lausitzer Rundschau angegeben.

76 Im Folgenden wird als Fundort für Lokalbeiträge, die bis Oktober 1991 erschienen, Sächsische Zeitung, für den Zeitraum Oktober 1991 bis Januar 1993 Hoyerswerdaer Zeitung und für Beiträge ab Januar 1993 Hoyerswerdaer Tageblatt angegeben. Der Fundort für Beiträge, die nicht im Lokalteil erschienen, wird durchgängig mit Sächsische Zeitung angegeben.

reiche und detaillierte Darstellung der jüngsten Sozialgeschichte der Stadt Hoyerswerda ermöglicht.

Im Anschluss an diese Erörterung der sozialen Probleme Hoyerswerdas wird geklärt, seit wann welche Ausländer unter welchen Bedingungen in Hoyerswerda lebten. Die DDR war in nur geringem Maße ein Einwanderungsland. 1989 lebten circa 191 000 Ausländer in der ostdeutschen Republik.<sup>77</sup> Größtenteils (circa 90 500) waren sie als Vertragsarbeiter beschäftigt. Ungefähr 40 000 waren Flüchtlinge oder mit DDR-Bürgern verheiratet. Eine nahezu gleich große Gruppe bildeten ausländische Studentinnen und Studenten bzw. Auszubildende.<sup>78</sup> Aufgrund des Übergewichtes der Vertragsarbeiter sowie der Tatsache, dass in Hoyerswerda 1991 ein Vertragsarbeiterwohnheim angegriffen wurde, konzentriert sich die Darstellung zunächst auf die Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer. Für die Unterbringung der Arbeiter war das jeweilige Einsatzkombinat zuständig. Der Großteil der in Hoyerswerda lebenden Vertragsarbeiter war im Kombinat Schwarze Pumpe beschäftigt. Demzufolge ist das Archiv des Nachfolgeunternehmens Vattenfall Europe Fundort etwaiger Quellen. Allerdings ergab eine intensive Recherche lediglich Quellen für die 1970er Jahre. Damit können Aussagen über die Beschäftigung und Unterbringung polnischer und algerischer Arbeiter getroffen werden. Diese waren jedoch nur bis 1981 beschäftigt. Die Verträge mit Polen ließ die DDR wegen der dortigen Regierungskrise auslaufen. Algerien protestierte zu Beginn der 1980er Jahre gegen die Ausbeutung seiner Bürger und zog diese aus der DDR ab. Stattdessen waren in den 1980er Jahren vor allem Mosambikaner und Vietnamesen in Hoyerswerda untergebracht. Detaillierte Aussagen über deren Lebenssituation können aber aufgrund der Quellenlage nicht getroffen werden. Zudem muss für die Berichte der 1970er Jahre bedacht werden, dass sie die Sichtweise der Kombinatleitung auf die polnischen und algerischen Vertragsarbeiter wiedergeben. Etwaige Probleme werden dann benannt, wenn diese den Arbeitsablauf im Kombinat störten. In den Berichten findet sich aus diesem Grund durchaus Kritik bspw. an Diskriminierung von Ausländern durch Deutsche, auch nach der Arbeitszeit. Das Interesse des Betriebes bestand jedoch darin, solche Vorkommnisse zu unterbinden, damit die Probleme nicht die Arbeit im Kombinat stören. Aufgrund der schwierigen Quellenlage wird die bisherige Forschung zu Vertragsarbeitern resümiert, um einen allgemeinen Überblick über die Situation von ausländischen Arbeitern in der DDR zu geben.

Eine zweite große Gruppe ausländischer Bürger bildeten ab 1991 Asylbewerberinnen und -bewerber. Aufgrund der weltweiten Krisenherde dieser Jahre, besonders auf dem Balkan, nahm die Bundesrepublik viele Asylbewerber auf.

---

77 Vgl. Marburger/Helbig/Kienast/Zorn, Situation der Vertragsarbeitnehmer, S. 4.

78 Vgl. ebd.

Diese wurden über eine Quotierung auch ostdeutschen Kommunen zugeteilt. In Hoyerswerda kamen 1991 die ersten Asylbewerber an. Auch hierzu ist die Quellenlage schwierig. Die Akten über die einzelnen Asylbewerberheime wurden in den jeweiligen kommunalen Archiven abgelegt. Aufgrund der sächsischen Kreisreformen der letzten Jahre befindet sich der Bestand des Hoyerswerdaer Wohnheimes im Kreisarchiv Bautzen. Dieser ist jedoch sehr überschaubar. Als einzig verwertbare Quelle erwies sich ein Dienstbuch der Wohnheimbetreuer, das ab dem 10. Juli 1991 geführt wurde. Die protokollarischen Einträge verzeichnen nur Besonderheiten im Tagesablauf. Erkenntnisse über die allgemeine Lebenssituation konnten daraus nicht gewonnen werden. Hilfreicher waren an dieser Stelle diverse Zeitungsbeiträge. Jedoch berichteten die Regionalblätter tendenziell eher über Probleme im Zusammenleben zwischen den Asylbewerbern und ihren Nachbarn. Die unterschiedlichen Standpunkte und die spannungsgeladene Situation im August 1991 konnten dadurch aber gut ausgewertet werden.

Nachdem die erhebliche Spannung in Hoyerswerda in den Jahren 1990/91 sowie das vorurteilsbelastete Zusammenleben mit den Ausländern erörtert ist, werden in Kapitel IV fremdenfeindliche und rechtsextreme Vorkommnisse in den 1980er Jahren betrachtet. Der Blick liegt dabei auf Strukturen in der Endphase der DDR, die die Grundlagen für die fremdenfeindlichen Ausschreitungen in den neuen Bundesländern nach 1990 gelegt haben. Konkret wird die Entstehung einer NS-affinen jugendlichen Subkultur, die der Skinheads, in den 1980er Jahren analysiert. Diese fiel mit einer immer aggressiver werdenden Fremdenfeindlichkeit und der Verherrlichung des NS-Regimes auf. Während der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung wurde Fremdenfeindlichkeit von der Öffentlichkeit vor allem mit Skinheads in Verbindung gebracht. Zunächst wird die Geschichte der DDR-Skinheads kurz zusammengefasst. Im Anschluss an diese generalisierende Betrachtung erfolgt eine Untersuchung über fremdenfeindliche und rechtsextreme Vorfälle in Hoyerswerda. Dabei wird die Entstehung einer rechtsextremen Szene beleuchtet, die bei den Ausschreitungen 1991 in Erscheinung traten. Die Literatur über den Rechtsextremismus und die Skinheadszenen in der Endphase der DDR ist nahezu unüberschaubar. Nach der Öffnung der DDR widmeten sich viele Autoren mit unterschiedlichen Interpretationen der Entstehung der rechtsextremen Szene der DDR sowie den fremdenfeindlichen Anschlägen. Zunächst erschienen Publikationen von Journalisten.<sup>79</sup> In den folgenden Jahren untersuchten zahlreiche Wissenschaftler unterschiedlicher Fachrichtungen diese Materie. Sozialwissenschaftler,<sup>80</sup> Sozialpsychologen<sup>81</sup>

79 Ködderitzsch/Müller, Rechtsextremismus in der DDR; Schumann, Glatzen am Alex.

80 Engelbrecht, Rechtsextremismus bei ostdeutschen Jugendlichen; Neubacher, Jugend und Rechtsextremismus; Schubarth, DDR-Jugend; ders./Heinemann (Hg.), Der antifaschistische Staat.

81 Maaz, Sozialpsychologische Ursachen.